



Stadt Oldenburg  
z.Hd. Herrn Oberbürgermeister  
Markt 1  
26122 Oldenburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der Schließung der ZAAB Oldenburg entsteht – wie Ihnen bekannt ist – die Verpflichtung der Stadt Oldenburg, Flüchtlinge gemäß der kommunalen Aufnahmequote unterzubringen.

Leider hat der Rat der Stadt im letzten Sommer zunächst beschlossen, die Unterbringung von Flüchtlingen für einen Übergangszeitraum von 3-5 Jahren auf dem Gelände der bisherigen ZAAB in Blankenburg zu realisieren, weil derzeit nicht genügend Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt zur Verfügung stünde. Allerdings hat der Rat auch betont, dass er weiterhin an der Zielsetzung der dezentralen Unterbringung festhalte.

Neuerdings werden Verhandlungen mit der BIMA geführt zwecks Anmietung von Gebäuden auf dem Fliegerhorst. Auch dort würde eine Unterbringung nicht dezentral, sondern zentralisiert erfolgen. Zwar würde diese Lösung weniger stark im Brennpunkt stehen als die symbolträchtige Anmietung des Kloster Blankenburg, allerdings beziehen sich unsere Bedenken auch auf diesen Standort.

Wir bedauern, dass sich die Stadt Oldenburg nicht gleich nach dem Schließungsbeschluss der ZAAB dazu entschlossen hat, eine dezentrale Unterbringung in die Tat umzusetzen. Vor dem Hintergrund des vom Rat der Stadt Oldenburg 2006 einstimmig gefassten Appells an den Niedersächsischen Innenminister haben wir jedoch die Hoffnung, dass die Stadt Oldenburg weiterhin eine dezentrale menschenwürdige Unterbringung anstrebt und diese in ihrem Stadtgebiet auch tatsächlich umsetzt.

Dennoch betrachten wir die Entwicklung mit Sorge. Wir befürchten, dass die Unterbringung im ehemaligen Kloster Blankenburg oder auf dem Fliegerhorst Oldenburg unversehens zu einer Dauerlösung werden könnte. Bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Schließungspläne der ZAAB hätte mit der sukzessiven dezentralen Aufnahme von Flüchtlingen begonnen werden können, um die Aufnahme so über einen längeren Zeitraum zu strecken. Wir können nicht erkennen, dass die Stadt Oldenburg seit Bekanntwerden der Schließung des Lagers Blankenburg vor 12 Monaten Aktivitäten entwickelt hat, neuen dezentralen Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen und ein Konzept zur Aufnahme, Sozialberatung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zu entwickeln.

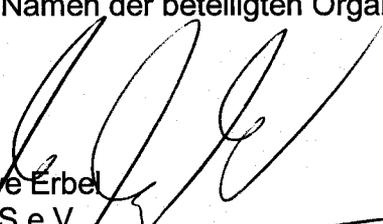
Ab dem 1. Juli ist laut Auskunft von Landesstellen mit Zuweisungen in einer Zahl bis zu 450 Flüchtlingen zu rechnen. Es scheint uns jedoch so, dass die Stadt Oldenburg bis heute in keiner Weise auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorbereitet ist. Dass bislang immerhin 89 Flüchtlinge in Oldenburg untergekommen ist, geht nach unseren Informationen überwiegend auf die private Initiative von Betroffenen zurück, die bei Verwandten und Bekannten unterkommen konnten, was immerhin deutlich macht, welches Potenzial in einer dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen steckt. Bis heute hat die Stadt Oldenburg nach unserer Kenntnis noch nicht eine Unterkunft angemietet, geschweige denn renoviert und für die Aufnahme von Flüchtlingen hergerichtet. Vor diesem Hintergrund haben wir die Sorge, dass eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge zum 1. Juli nicht gelingen wird.

Wenn die geplante Umstellung auf eine dezentrale Unterbringung ernst gemeint ist, müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, die diesem Ziel dienen. Nicht zielführend ist es aus unserer Sicht, kostenintensive Investitionen für die Unterbringung im Kloster Blankenburg oder auf dem Fliegerhorst zu tätigen, die für die Zukunft verloren sind. Stattdessen sollten jetzt das Wohnungsamt und die Sozialverwaltung tätig werden. Konkret schlagen wir Ihnen vor,

- Expertisen von anderen Städten einzuholen, die eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen erfolgreich umgesetzt haben,
- jetzt mit der Akquise von dezentralem Wohnraum für Flüchtlinge zu beginnen und die Flüchtlinge aufzufordern, sich selbständig um eine Unterkunft in Oldenburg zu bemühen,
- Öffentlichkeit, Initiativgruppen und Vereine an der Begleitung der Unterbringung zu beteiligen,
- Projekte für die Beratung sowie die soziale und gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge zu schaffen und zu unterstützen,
- positive Öffentlichkeitsarbeit zur Aufnahme von Flüchtlingen zu initiieren,
- Gespräche mit Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermietern zu führen zwecks Erweiterung des Wohnungsangebotes und zur Verbesserung der Akzeptanz,
- Anreize und Garantien (z.B. Kautionen) für Vermieter zu schaffen,
- das Angebot des Gesundheitsamtes für Flüchtlinge zu erweitern,
- Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und zur Beteiligung von Flüchtlingen an Sportangeboten zu ergreifen,
- Flüchtlingen den Zugang zu Freizeitangeboten zu erleichtern.

Die Organisationen des Netzwerks Flüchtlingshilfe werden Sie in Ihrem Bestreben nach menschenwürdigen dezentralen Unterkünften für die Flüchtlinge gerne unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
im Namen der beteiligten Organisationen



Uwe Erbel  
IBIS e.V.